

Zeitschrift: Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 57 (1982)
Heft: 2

Vorwort: Vorwort des Redaktors
Autor: Herzig, Ernst

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehr Demokratie bei der militärischen Landesverteidigung

Unter diesem Schlagwort hat die Führung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ihre Genossen aufgerufen zur Sammlung von Unterschriften für die am Parteitag 1979 beschlossene «Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben». Es wird die folgende Ergänzung des Artikels 89 Absatz 2 der Bundesverfassung gefordert: «Bundesgesetze, allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse und einfache Bundesbeschlüsse, die Verpflichtungskredite über die Beschaffung von Kriegsmaterial, über militärische Bauten, über Landerwerbe oder über Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme des eidgenössischen Militärdepartementes beinhalten, sind dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, wenn es von 50 000 stimmberechtigten Schweizer Bürgern oder von acht Kantonen verlangt wird».

Schützenhilfe ist der SP bei diesem Vorhaben zugesichert von allen politischen Gruppen und Sekten, die links von ihr angesiedelt sind: PdA, POCH und weitere revolutionäre-extreme Organisationen, einschliesslich politisch und religiös motivierte Friedensbewegungen. So besehen darf man füglich von einer Generaloffensive der Linken gegen die militärische Landesverteidigung sprechen. Ob Hubacher und Kompanie indessen ihre Erfolgskalkulation mit dem Volk auf solider Basis aufgestellt oder schlicht und einfach spekuliert haben, wird sich freilich noch zeigen müssen. Von gewerkschaftlicher Seite ist jedenfalls schon deutliches Missbehagen artikuliert worden.

Das politische Einschätzvermögen schweizerischer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist insbesondere bei militärischen Problemen hoch zu bewerten. Das wissen auch die Initianten, und darauf ausgerichtet ist deshalb ihre Argumentation, die einmal mehr demagogisch die Bedürfnisse der Armee ausspielt gegen jene der Sozialpolitik. Die SP formuliert das so: «Die Mitbestimmung des Volkes bei Rüstungsausgaben ist eine Sicherung, damit die Mittel für den Sozialstaat nicht der Aufrüstung geopfert werden können.» Da mag es schon geschehen, dass namentlich ältere und politisch anspruchslosere Männer und Frauen eilig nach dem hingehaltenen Kugelschreiber greifen, wenn sie von den roten Unterschriftensammlern

mit der unwahren, aber gängigen Behauptung überrumpelt werden: «Mehr für's Militär heisst weniger für die AHV!» Nun wäre der Beweis erst einmal zu erbringen, dass finanzielle Aufwendungen für unsere militärische Landesverteidigung sich je einmal zuungunsten sozialer Leistungen ausgewirkt hätten. Solches dürfte schwerfallen. Eher hätte die Armee guten Grund zur Klage, dass man sie an kurzem Zügel hält. Dringend notwendige Rüstungsvorhaben mussten wiederholt zurückgestellt werden. Es wird gespart bis zur Grenze der Glaubwürdigkeit. Es lehrt uns aber die Geschichte, dass das Vernachlässigen, das Ungenügen des militärischen Schutzes wohl als die grösste Gefahr für einen Sozialstaat angesehen werden muss. Der deutsche demokratische Politiker Friedrich Naumann hat solcher Erkenntnis schon vor hundert Jahren lapidar Ausdruck gegeben mit dem Satz: «Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?» Politisch mündige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erkennen deshalb den Pferdefuss der roten «Volksinitiative»: Nicht *mehr* Demokratie bei der militärischen Landesverteidigung ist gefordert, sondern *weniger* Landesverteidigung! Nicht *mehr* Mitspracherecht oder *höhere* Sozialleistungen werden angeboten, wie eine schlecht verhüllte Demagogie uns weismachen will, sondern *mehr* Demontage an der Armee. Ihre Abhaltewirkung würde noch schärfer in Frage gestellt.

Wir wollen unsere Soldaten so ausrüsten, unsere Armee so stark machen, dass sie einen möglichen Krieg vom Land fernhalten können. Wir lehren unsere Soldaten kämpfen, geben ihnen dafür die besten Waffen, um den Frieden zu sichern. Bis jetzt ist die überwältigende Mehrheit des Schweizervolkes der Auffassung gewesen, auf solche Weise den Fortbestand der politischen Freiheiten und der sozialen Einrichtungen am wirksamsten zu gewährleisten.

Möge diese Mehrheit auch jetzt wieder zum Tragen kommen, wenn Unterschriften gebettelt werden, um mutwillig zu gefährden, was sich seit Generationen als gut und richtig erwiesen hat.

Ernst Herzig